

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig
mal Schlüsselzahl des Börsenvereins deutscher Buchhändler zu Leipzig

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Zum Großangriff der Reaktion

Vor drei Wochen wurde an dieser Stelle gesagt, daß bald die große Auseinandersetzung „zwischen Profitgier und Gemeinheitsgeist, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Geld und Blut entbrennen“ werde und daß das Vorgehen schon eröffnet sei. Die Voraussagung hat sich prompt erfüllt. Letzte Woche setzte, und zwar auf politischem Boden der Vorstoß der großkapitalistischen Profitgier ein. Sie ließ durch ihre parlamentarische Kaufmännische der Regierung kurz und bündig erklären, daß das Staatsvermögen nach rechts herumgeworfen und die Diktatur der bürgerlichen Rechten errichtet werden müsse. Ob der reaktionären Forderung slog „die stärkste Regierung, die die deutsche Republik je gehabt hat“, auseinander. Von den beiden bürgerlichen Koalitionsparteien, dem Zentrum und den Demokraten, beizogen sich wesentliche Teile, den Anschlag nach rechts nicht zu verpassen. Zu wundern gibt's da nichts; die Dienstbesessenheit der Zentrums und Demokraten beweist nur, daß bei ihnen die Kapitalisierung der politischen Gesinnung bedenklich weit gebiehet ist.

Für das Trauerspiel, das wir von der deutschen Volksvertretung die letzte Woche erlebten, findet sich in der Geschichte der Großstädter leicht kein Beispiel. Man vergegenwärtige sich nur: Inmitten äußerster Lebensgefahr für Reich und Volk läuft die „Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage“ einfach auseinander, weil es eine Handvoll Schwerindustrieller und Reaktionäre zum bessern Vollzuge ihrer selbstjüchtigen Pläne fordert, und drei Regierungsparteien mühen sich tage- und nachtelang ab, die Forderung der staatsfeindlichen und habgierigen Sippe zu erfüllen. Und nachdem sich die Erfolglosigkeit des Strebens ergeben, stellen sie sich wieder als Regierung vor und heißen — Achtung und Vertrauen!

Au den bürgerlichen Parteien hat es wahrlich nicht gefehlt, daß ihre Bemühungen für die großkapitalistischen Profitmacher nicht gelingen. Das Mißlingen ist eher der Zurückhaltung der „Herren von Industrie und Wirtschaft“ zuzuschreiben, die sich der Regierung verweigern. Sie werden sich auch künftig hüten, ihre Regierungslust zu zeigen. Warum sollten sie auch? Sie kennen ihre eigene politische Unfähigkeit, andererseits wissen sie, daß ihre Geschäfte besser und gesicherter für das eigene Ich von den bürgerlichen Politikanten besorgt werden können. Daß sie jederzeit genug Dienstbesessenheit in den bürgerlichen Parteien finden, hat ja gerade die jüngste Regierungskrise einmal mehr gezeigt. Weshalb sich also selbst bemühen? Der Umstand läßt nun freilich allerhand ermutigen. Die Schwerindustriellen brauchen nur zu winken, und eine neue Regierungskrise ist da. Bei einem Politikantengeschlecht, das weder Ideen, noch Wagemut, noch republikanische Festigkeit, noch Rücksichtslosigkeit gegen das Gezücht von Verteilungsschneidern sehen läßt, ist man keinen Tag vor gefährlichen Überfallungen sicher.

Aber den Zweck des Vorstoßes der Schwerindustriellen ist sich so ziemlich jedermann im klaren: Der Ruhrkrieg geht zu Ende, und damit die prächtige Gelegenheit für die Großverdiener, aus dieser schweren Not des Vaterlandes noch weitere Münze zu schlagen. Die Verhandlungen mit Frankreich müssen angehalten und mit der Leistung von Kriegsentwädigungen auf neue begonnen werden, was nur durch Befestigung des Reiches möglich ist. Die Seidenwertung kann kaum noch weitergetrieben werden, der Staat ist der Zahlungsunfähigkeit nahe, so daß nun eben nichts anderes bleibt, als auch die Großkapitalisten geizig zu beistehen. Die Gefahren, die dem großkapitalistischen Deutschland drohen, heißt die schwerindustrielle Presse gegen die Beendigung des Ruhrkrieges donnern, heißt sie gegen die „marxistisch verfeuchte Regierung“ Stresemann weiterrufen, heißt deren Weisung und die Errichtung einer rechtsreaktionären Diktatur versuchen. Diese Diktatur soll die Arbeitszeit von vor dem Kriege, das ist die neun- und zehnstündige, wieder einführen, die Erwerbslosenunterstützung befeitigen, die sozialpolitischen Ausgaben beschränken, den Lohnschutz abschaffen und Streiks unterdrücken, kurz die Arbeiterkassen noch schärfer ausheuten und knechten, damit der volle kapitalistische Brutal nur ja keine Steuern zu entrichten, die Urheber unseres nationalen Unheils nur ja nichts zur Abtragung der Kriegslast beizutragen brauchen und ihre Profitquelle ungehindert rinnt. Soweit für die deutsche Allgemeinheit. Für das Ruhrgebiet im besonderen haben die Schwerindustriellen folgende Forderungen an die Reichsregierung gestellt:

- Ersatz der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle.
- Ersatz der seit dieser Zeit zwangsweise erhobenen Kohlensteuer.
- Befreiung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet.
- Garantie der Vergütung für künftig zu liefernde Reparationskohle.
- Aufhebung des Kohlenkontingents und der staatlichen Vertriebsorgane der Kohlen im besetzten Gebiet.
- Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen (mit Legation) weiterzuführen.
- Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln.
- Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unter Tage, auf 10 Stunden für die übrigen Arbeiter und Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen.

Als der Ruhrkrieg begann, triefte die bürgerliche Presse vor Lob über die patriotische Opferfreudigkeit der Schwerindustriellen, ja einige wurden sogar als wahrhaftige Märtyrer des Vaterlandes gefeiert. Jetzt nun, nachdem die große Profitgelegenheit, die der Ruhrkrieg für sie darstellte, am Verfliegen ist, pfeift aus einem andern Loch. Jetzt heißen sie von dem von ihnen auf den Fund gebrachten Vaterland Erlag für alles, was sie wirklich oder angeblich eingebüßt haben. Es fällt uns

nicht ein, uns darüber zu entrüsten. Wir haben nichts anderes erwartet. Wir finden nur bestätigt, was wir gleich bei Beginn des Ruhrkrieges an dieser Stelle verschiedentlich, so auch in der Nummer vom 3. Februar vorausgesagt:

Nach dem Weltkrieg legten die Industriellen ihre Verlustrechnung vor. Das Reich hat sie mit Milliarden beglichen. Die Steuerzahler haben sie bezahlt. Nach dem Ruhrkrieg werden die Industriellen eine neue Verlustrechnung vorlegen. Das Reich wird sie mit Milliarden zu beglichen haben. Die Steuerzahler werden sie wiederum bezahlen. Vorausgesetzt, daß sich nicht endlich die proletarische Faust stark genug füllt, der Brandstiftung des vom äußern und innern Feinde ausgelegerten Volkes ein Ende zu machen.

Aber mit der Brandstiftung des Staates bescheiden sich die Schwerindustriellen, großartig, wie sie nun einmal sind, keineswegs, auch der Ruhrarbeiterschaft soll noch mehr Blut abgezapft werden. Als Dank für ihren heilendsten Widerstand wurde ihr am 9. Oktober die Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden für den Betrieb unter Tage und auf 10 Stunden für den über Tag angekündigt. Dies geschah, ohne daß an die bestehenden Abmachungen mit den Gewerkschaften zu halten, ohne auch nur die Arbeiter zu befragen. Damit jedoch war es mit der Unverfrorenheit der Schwerindustriellen noch nicht zu Ende. Die Herren Stinnes, Lödner und einige andere Patrioten gleichen Kalbers sind am 6. Oktober bei dem französischen General Degoutte gewesen, um dessen Hilfe für die Durchsetzung der längeren Arbeitszeit und noch andere Vorteile zu erlangen. Höher geht's nimmer: Monatlang haben die Industriellen und ihre Presse die Ruhrarbeiter zum äußersten Widerstand gegen den Eroberer angetrieben, und jetzt geht die nämliche Sippe zu dem Eroberer, um ihn gegen die deutschen Arbeiter anzufeuern. Diese Handlungsweise, für deren Kennzeichnung erst ein Wort gefunden werden muß, scheint selbst dem französischen Militär unerrätlich gewesen zu sein. Denn wenn man den Zeitungsberichten trauen darf, hat er die Industriearbeiter fastknäuelig behandelt, so daß sie unerrätlicher Sache abziehen mußten.

Dieser Vorgang erinnert einen unwillkürlich an die Zeit vor hundert Jahren. Damals wurde der französische Eroberer kühnlich von einem Geschlecht deutscher Fürsten umlagert, die ihm die Stiefel lekten, sich vor ihm profilieren, ihm Landestinder anbieten und zuschickerten, nur um für sich und ihr Fettamt Vorteile zu erhaschen. Heute sehen wir deutsche Industrielle sich an den Eroberer heranlammeln, die gleichfalls um seine Hilfe gegen deutsche Landeskinder werben, die ihm deutsches Gut und deutschen Schweiß anbieten, nur um Vorteil für ihr Geschäft zu ergattern.

Die Machenschaften der großkapitalistischen Sippe lehren auch dem Hamuloisten, wofin sie mit ihrem Vorstoß im Parlament strebte. Sie wollte die Diktatur, um mit Hilfe des Staatsapparates, der Polizei, Justiz und Reichswehr die Arbeiterkassen noch schlimmer als zu Wilhelm's Zeiten an die Seile zu fetten, aus ihr die Mittel für die Reparation herauszuschinden und die Enteignung des Vaterlandes fortzusetzen. Der Wurf ist ihr nicht ganz gelungen. Diesmal wenigstens nicht. So wird sie sich, dies kann als bombastischer Geistes, besser vorbereiten, ihre nationalpolitischen Banden noch weiter mehren und bewaffnen, die Geister noch mehr verwirren, die Drähte noch zahlreicher und etwas länger ziehen, um eines Tages den großen Wurf aufs neue zu wagen.

Sie sind nun freilich nicht der Meinung, daß die Reaktion ihres Sieges froh werden könnte. Gegen die zehn Millionen organisierter Arbeiter vermag auch sie sich nicht lange zu halten. Über kurz oder lang müßte sie schließlich doch wieder abziehen. Doch würde die Vertreibung der einmal zur vollen Staatsmacht gelangten Reaktion der Arbeiterkassen schwere Opfer kosten, die sie sich ersparen kann und muß. Dies Lant uns keineswegs so schwer, als zuweilen angenommen wird. Vor allem ist eine unerläßlich:

Es darf keinerlei Gemeinschaft mehr mit dem Feinde geben. Jede Verbindung mit der Sippe, die so schamlos gegen Treu und Glauben verstoßt, wie die Schwerindustriellen bei der Verhandlung der Arbeitszeitverlängerung, muß schleunigst und allerwärts abgebrochen werden. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist tot. Dieser Lausache ist von den zuständigen Gewerkschaftsstellen in aller Form Rechnung zu tragen. Und dann und vor allem muß der Widerstand eingeklinkt werden. Vor der lurchbaren Gefahr, die alle proletarischen Kämpfer gleichmäßig bedroht, hieße es mit dem eigenen Leben und der Zukunft der Arbeiterbewegung freudlos spielen, wollte man sich noch weiter beschließen. Diese allererste Notwendigkeit hat gottlob schon eine wachsende Zahl von Arbeitergruppen eingesehen. Sie haben über alle politischen und sonstigen Meinungsverschiedenheiten hinweg eine einheitliche Kampffront gebildet, ein Beispiel, das allerwärts nachgeahmt werden muß. Jeder denkende Proletarier muß sich stets bewußt sein, daß er jetzt mehr denn je zwischen dem Feind und der tiefen See steht, und er nur vom innigen Zusammenschluß mit seinesgleichen Heil erwarten kann. Es ist für ihn besser, mit seinen Klassenbrüdern zu irren, als recht mit halb und ganz falschen Freunden zu haben.

Doch bei gelegentlichem Zusammenwirken darf nicht stehen gelassen werden. Darüber hinaus muß nach einer geistigen Einheit über die nächsten politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten getrachtet werden. Das Bürgertum, wir meinen das demokratische und republikanische, ist vollständig aufgerstanden, eine Besserung unserer Not zu bringen oder den Vorstoß der Reaktion abzuwehren. Seinen Parteien gebührt es an

schöpferischen Ideen, noch mehr aber an Mut, den einfach unerläßlichen Eingriff in den Besitz vorzunehmen. Und neben der großen wirtschaftlichen Maßnahme harren noch Aufgaben politischer, juristischer, sozialer und staatsbürokratischer Art, deren Lösung von den bürgerlichen Parteien erwartet werden wollen, hieße dem Schaf die Kraft des Löwen zutragen. Wenn immer sie handeln sollen, treibt sie ihre kapitalistische Grundausfassung auf die Seite des Besitzes. Sie halten es mit dem Fortwärteln. Sie, die ein vollgerüttelt Maß von Schuld an unserm Zustand haben, werden uns nur noch weiter in den Glendstumpf führen. Für diese Wahrheit wird jeder Tag neue Beweise häufen. Ein Aufstoß aus der schwerindustriellen Trompete genügt, wie die jüngste Regierungskrise bezeugt, die bürgerlichen Groschmäule ins Laufesieber zu bringen.

Die vielgestaltige gewaltige Aufgabe vermag nur die Arbeiterklasse, die geistig und organisatorisch geeinte, zu lösen. Sie hat das große Wort zu vollbringen, ansonsten sie sich nicht belagen darf, wenn es ihre Gegner auf ihre eigene Weise zu vollbringen suchen. Die bürgerlichen Parteien konnten uns in den Sumpf hineinmurkeln, die Bürokratie durfte die Republik verhöhen, die Klassenjustiz in einem fort Mißraten verüben, die Schwerverdiener Banden bewaffnen, die habgierigste aller Sippen deutsches Gut und Blut verschachern, und dies alles, weil es der Arbeiterklasse an geistiger und organisatorischer Einheit fehlte. Diese zu schaffen, ist das heiligste Gebot der Stunde. Ohne sie kein Heil, wohl aber sicherer Untergang. Darum nun endlich Einigung auf der ganzen Linie! Mehr Vertrauen in die eigene Kraft. In kurzen Tagen oder Wochen schon kann die Arbeiterklasse berufen sein, ihre geschichtliche Rolle zu beweisen. Wehe ihr, wenn sie die Probe auch diesmal nicht bestehen sollte!

Hinterhältigkeiten des Zentrums

Der Vorstoß der Schwerindustriellen gegen den Achthundentag macht es notwendig, sich etwas mit den Gegnern des Achthundentages, soweit sie unter den Arbeitern zu suchen sind, zu befassen. Die kirchlichen Gewerkschafter, die sich politisch auf die demokratische Partei stützen, sind keine erklärten Freunde des Achthundentages, sie wissen aber, was sie der Arbeiterkassen zu heute schuldig sind, und treten für die Beibehaltung des Achthundentages ein. Bei der letzten Regierungskrise traten sie entschieden gegen die Industriellen auf, erklärten sogar ihren Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft, da der Schritt der Schwerindustriellen — als die freiwilligen Partner der Arbeitsgemeinschaft — gegen Treu und Glauben verstoßt. Zusammen mit der Haltung der christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften, deren politische Vertretung das Zentrum ist, teilen die schwankenden Meinungen dieses kirchlichen Parlamentarismus. Beim Zentrum kann man nicht wissen, welche Richtung bei der oder jener Frage siegreich sein wird. Soviel ist aber heute schon feststehend, daß der Arbeiterflügel des Zentrums in allen Fragen unterliegt. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, mit ihrer die gesamte Arbeiterkassen, haben davon den Schaden.

Dem Angriff der Schwerindustrie auf die Rechte der Arbeiterkassen ging ein Kampf in Wort und Schrift gegen den verhassten „Marxismus“ voraus. Alle Schäden der laulenden kapitalistischen Gesellschaft wurden dem Marxismus zugeschrieben, der Verfall Deutschlands als Folge des kirchlichen Kriegsverbrechens als Frucht des Marxismus erklärt, jede Unbill, die zurzeit in Deutschland geschieht, hat nach Meinung der von der Schwerindustrie bezahlten Streikführer der Marxismus verschuldet. So vorgearbeitet, sollte dann der entscheidende Streich fallen. Es scheint nicht nur Zufall zu sein, daß in den Stunden der gemeinsten parlamentarischen Marxistenhölle ausgerechnet der christliche Metallarbeiterverband mit einer Flut ganz arbidärer Flugblätter an die Öffentlichkeit tritt, die in Text und Melodie den von Stinnes herausgegebenen Subletten gleichen, wie ein Er dem andern. Vom Jermahn und Banrott des Marxismus, marxistische Blut und Marschlager, marxistische Religions- und Kulturfeindschaft usw., Schlagzeile über Schlagzeile, eine immer widerlicher als die andere, dabei — was wohl christliche Eigenart sein mag — Dinge auf Säue gehüpft, so wurden die Nachwezte unter die christlichen Arbeiter geschleubert. Alte Labenbürger der Münchener-Gladbacher Schule, alle Dreieckigen des seligen Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie feierten ihre Wiedererrichtung. Das „Material“ ist teilweise 30 bis 40 Jahre alt, wird aber für gut befunden, jetzt der Welt ausgehüpft zu werden. Wie ein roter Faden zieht sich durch alles die Verleumdung: „Der Marxismus ist kultur- und sittenwidrig, er will alles in Trümmer legen und erst aus den Trümmern die Zukunft formen.“ Dabei weiß jeder Mensch, der nur den Willen zur Wahrheit besitzt und der sich mit dem Marxismus beschäftigt hat, daß die marxistische Lehre demangt, auf den vorhandenen Grundlagen der kapitalistischen Produktion weiterzubauen, die Arbeit zu verebeln und durch den Sozialismus die Menschheit von unwürdigen Menschenjesseln — geistig und materiell — zu befreien.

Nach toller wird die Verlogenheit, wenn die Christlichen Gegenwartsgründer behandeln. Einige Beispiele mögen genügen. Eine Liste marxistischer Schandtaten wird aufgemacht. Da heißt es: 1. Weg mit dem Tarifverträgen. 2. Weg mit dem Verhandlungsweg. 3. Weg mit dem Schlichtungswesen. 4. Weg mit dem prellenden, unehrlichen Gewerkschaftsarbeit. Lauter solche Parolen sollen der marxistische Metallarbeiterverband zum Schaden der Arbeiter ausgeben. Ein Wort der Kritik würde die Wirkung nur abschwächen, nur gemeine Verleumdungssucht kann so etwas zuwege bringen.

Den Gipfelpunkt erreichen die durch folgende Forderung, die sie dem Marxismus andichten. Unter Punkt 8 schreiben sie: „Weg mit den Selbstverweigerungskämpfern, den neuen Organen des Arbeiterbundes und der Wirtschaft, denn hier liegt die Heiligkeit zu Grunde.“ Wir eintech nicht mit. Die Metallarbeiter-Verbandsleitung lehnt unehrenhaftlichweise die Mitarbeit ab.“

Was ist die Wahrheit? Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat schon seit Jahren keine Vertreter in den Außenhandelsstellen, um überall die Interessen der deutschen Arbeiterkassen zu vertreten. Die Schwerindustrie rennt gegen die Außenhandelsstellen an, da ihnen die Kontrolle

